

18.12.2023

## Kleine Anfrage 3087

der Abgeordneten Lisa-Kristin Kapteinat SPD

### **Mehr als ein Geschmäcke: Besetzungsverfahren zum höchsten Richteramt im Verwaltungsrecht NRW – Wie viel ist der Landesregierung das Selbstbestimmungsrecht der Frau wert?**

Im Besetzungsverfahren für die Präsidentenstelle am Oberverwaltungsgericht Münster laufen weiterhin gerichtliche Verfahren. Die Berufung einer Kandidatin durch das Kabinett im Juni dieses Jahres wurde zunächst vom Verwaltungsgericht Münster mit Beschluss vom 28. September 2023 und später auch vom Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beschluss vom 17. Oktober 2023 gestoppt. Die Gerichte urteilten, dass NRW-Justizminister Benjamin Limbach nicht befugt gewesen sei, die für die Bewerbung auf die Stelle notwendigerweise erfolgte Überbeurteilung der Bewerberin auszustellen. Im Rahmen der parlamentarischen Aufarbeitung des Vorgangs wurde außerdem bekannt, dass der NRW-Justizminister und die Bewerberin sich persönlich kennen, und, dass vor Eingang der Bewerbung auf die Stelle ein gemeinsames Abendessen stattgefunden hat. Der Justizminister soll außerdem zwei Bewerbern im persönlichen Gespräch davon abgeraten haben, sich auf die fragliche Stelle zu bewerben.<sup>1</sup> Außerdem wurde bekannt, dass auch der Minister und Chef der Staatskanzlei NRW (MCdS), Nathanael Liminski, mehrere Gespräche mit zwei Bewerberinnen und Bewerber für die Stelle geführt hat.<sup>2</sup>

Die vom Justizminister zunächst berufene Kandidatin hat am 27. Juni 2018 als Sachverständige an einer Anhörung zur Abschaffung bzw. Reform des „Werbungsverbots“ für Schwangerschaftsabbrüche im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestags teilgenommen. In ihrer Stellungnahme zu dieser Anhörung sprach sie sich klar gegen die Streichung von § 219a StGB aus, die aus „ethischer, juristischer und rechtspolitischer Perspektive“<sup>3</sup> weder wünschenswert noch geboten sei. Dem Wortprotokoll zur Anhörung ist außerdem zu entnehmen, dass die Aufhebung bzw. Entkernung des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche ein „Eingriff in die Gesamtstatik des Schutzkonzepts für das ungeborene Leben“ sei.<sup>4</sup> Weiterhin führt die Bewerberin aus, „dass man sich rechts- und gesellschaftspolitisch sehr gut überlegen sollte, ob man den mühsam gefundenen Kompromiss zum Schwangerschaftsabbruch [...] wirklich gefährden und alte

<sup>1</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/limbach-ovg-bewerbungsverfahren-naeheverhaeltnis-kandidatin-westpol-100.html>.

<sup>2</sup> [https://rp-online.de/nrw/landespolitik/minister-nathanael-liminski-streitet-einflussnahme-auf-besetzung-von-justizposten-ab\\_aid-102542611](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/minister-nathanael-liminski-streitet-einflussnahme-auf-besetzung-von-justizposten-ab_aid-102542611).

<sup>3</sup> [https://www.bundestag.de/resource/blob/561958/cca09600bbe925aca444d032b2c3779c/jestaedt\\_dt\\_bischoefe.pdf](https://www.bundestag.de/resource/blob/561958/cca09600bbe925aca444d032b2c3779c/jestaedt_dt_bischoefe.pdf); S.9.

<sup>4</sup> <https://www.bundestag.de/resource/blob/570878/349540b5839f87667e47fff8c1f577b4/Wortprotokoll-data.pdf>; S.15f.

gesellschaftliche, bisweilen ideologische Verwerfungen wiederbeleben möchte“<sup>5</sup>. Das Amt der Präsidentin bzw. des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Münster ist ein Amt von hoher Bedeutung und mit ebenso hohen Ansprüchen an die richterliche Neutralität verbunden. Dies ist unverzichtbar, um das für den Rechtsstaat unbedingt notwendige Vertrauen der Bevölkerung zu gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass die Richterinnen und Richter am Landesverwaltungsgericht sich sowohl innerhalb als auch außerhalb des Amtes so verhalten müssen, dass das Ansehen des Gerichts, die Würde des Amtes bzw. das Vertrauen in ihre Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Neutralität bzw. Integrität nicht beeinträchtigt werden darf?
2. Für wie wichtig erachtet die Landesregierung das Selbstbestimmungsrecht der Frau im Hinblick auf die gesellschaftliche und politische Diskussion um Schwangerschaftsabbrüche?
3. Inwiefern waren dem Justizminister die Positionen der Bewerberin zum Thema „Werbungsverbot“ für Schwangerschaftsabbrüche und der Streichung von §219a StGB im Vorfeld der ursprünglichen Berufung der Kandidatin bekannt?
4. Inwiefern waren dem MCdS die Positionen der Bewerberin zum Thema „Werbungsverbot“ für Schwangerschaftsabbrüche und der Streichung von §219a StGB im Vorfeld der ursprünglichen Berufung der Kandidatin bekannt?
5. Was war der genaue Inhalt des Austauschs zwischen Justizminister Limbach und MCdS Liminski über die Gespräche mit den Bewerberinnen und Bewerber auf die Stelle der OVG-Präsidentin bzw. des OVG-Präsidenten?

Lisa-Kristin Kapteinat

---

<sup>5</sup> ebd., S.16.